

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 55

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 55

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeigabe wöchentlich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, das St. Quirinusblatt u. in freier Folge die Beiträge zur Geschichte der Kreise Neuß und Grevenbroich. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten ins Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.20. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 40 Pfg. abonniert werden.



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weitestte Verbreitung und haben bei dem kaufkräftigen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die sechsgespaltete Zeile oder deren Raum 15 Pfg. Anzeigen erbeten an die Expedition bis 7 Uhr Abends für die Nummer des folgenden Tages. • • Annoncen-Aufnahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. • • Expedition: Neuß, Niederstraße 46/48.

Nr. 404.

Redaktion: Joseph Grunau.

Donnerstag, 20. Oktober 1904. (Wendelin, Joh. v. Renth.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß.

31. Jahrgang.

Neubestellungen auf die Neuß-Grevenbroicher Zeitung

für
November

werden schon jetzt von unsern Trägerinnen, Boten
und in der Expedition entgegengenommen.

Preis pro Monat

40 Pfg.

Außerhalb der Stadt das übliche Bestellgeld.

Neu hinzutretende Abonnenten erhalten die Zeitung
bis Ende Oktober nebst dem praktisch eingerichteten

Winter-Fahrplan

gratis.

Redaktion und Verlag der
Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Die Nationalliberalen und die Schulfrage.

Am 13. Mai wurde bekanntlich ein nationalliberal-konservatives Schulkompromiß abgeschlossen; in demselben wurde die Konfessionalität der Volksschule im Prinzip festgelegt. Mit großartigen Worten gab damals die „Nationalzeitung“ dem Antrag die Marke mit: „Hierdurch wird das Zentrum ausgeschaltet; jetzt machen wir die Sache; wir müssen zwar ein wenig absteilen von unsern Wahlen! Aber es macht nichts; das böse Zentrum ist hiedurch schwach gemacht und wir verhindern, daß dasselbe im Grunde mit den Konservativen recht schlimmes ausführt. In diese Worte war das Verabredungspulver für mehr linksstehende Parteigenossen gekleidet; aber es tat seine Dienste nicht. Zunächst begann die Presse sich zu

regen; die „Köln. Ztg.“ u. a. hatten äußerst wenig Verständnis für die überflüssige Latenz der Fraktion; mit heftigen Worten ging es gegen dieselbe los, und da Köln der Sitz des Reichsverbandes der Jungliberalen ist, so hatte man in diesem den Hebel gefunden, um die Fraktion etwas aus der freiwillig gesuchten Lage zu rücken. Die Jungliberalen drohten mit der Faust und machten Miene, einen regelrecht organisierten Sturmangriff gegen die Fraktion zu unternehmen. Der Zentralvorstand wurde einberufen, die höchste Parteifunktion, und diese leitete einen regelrechten Märsch ein, der Kompromißantrag enthielt als Regel die Konfessionsschule und schränkt die Simultanschule im wesentlichen auf die Provinzen Hessen-Nassau und Posen ein. Die Erklärung des Zentralvorstandes stellte Simultan- und Konfessionsschule gleichwertig und gleichberechtigt nebeneinander. Außerhalb der nationalliberalen Fraktion schüttelte man den Kopf über das Bemühen, weiß schwarz und schwarz weiß zu nennen; aber der Jungliberalismus hatte seine Route erhalten und die „Köln. Zeitung“ wurde gnädiger; ihre Stimmrungen gegen die Fraktion glätteten sich; die Jungliberalen verschieben ihren Delegiertentag auf den September, um da aber noch entschiedener als je die Simultanschule zu fordern! Nun stand die Sache für die Fraktion sehr schlimm und die Lage wurde immer weniger angenehm, je näher die Aufnahme der parlamentarischen Arbeiten herantritt. Inzwischen wurde noch bekannt, daß das Kultusministerium einen Gesetzentwurf auf Grund des Kompromisses ausgearbeitet habe und daß dieser sofort im Oktober dem Landtage zugehen werde. Die Fraktion fürchtete sich nun doch vor einem jähen Umfall im Parlament; sie konnte jetzt nicht verleugnen, was sie selbst im Mai gefordert hatte. Deshalb fand am vorletzten Sonntag der westfälische nationalliberale Parteitag in Bochum statt, und dieser bot der Fraktion noch unangenehme Nachrichten innerwärts des letzten Halbjahres die erste Genugtuung; hier ließ man den Mitverfasser des Schulgesetzes, Pastor Dr. Sadenberg, selbst zu Worte kommen, und er erzielte vollen Erfolg. Mit Rechtigkeit hätte er hier eine Resolution zur Annahme bringen können, die sich ganz auf den Boden des Kompromisses stellte; aber das wollte er nicht, weil sonst der Widerspruch sich erneuert. Und so sprachen sich die westfälischen Nationalliberalen für die Erklärung des Zentralvorstandes aus und das bedeutet einen Schritt zum Kompromißantrag hin. Die Fraktion selbst hat durch diese Stellungnahme des Bochumer Tages zweifellos gewonnen; das sagt uns am deutlichsten der Spott und Hohn, den

die „Köln. Ztg.“ hier über diesen Tag ausgießt. Für das Zentrum aber hat diese Tagung den Gewinn gebracht, daß sie den inneren Zwiespalt der nationalliberalen Partei an den Tag legte; im übrigen kann dasselbe ruhig zusehen und die Stellungnahme dieser Fraktion im Abgeordnetenhaus abwarten; jedenfalls finden die Ausführenden des Zentrums nicht, wenn die Nationalliberalen sich von dem Kompromiß entfernen. In den Reihen der beiden konservativen Parteien muß aber ein Abweichen von dem vor sechs Monaten eingenommenen Standpunkt sehr verschuppten und die Überzeugung verbreitet, daß die nationalliberale Fraktion eben absolut nicht kompromißfähig ist; auch das ist ein indirekter Gewinn für das Zentrum. Man beginnt im konservativen Lager schon mißmutig zu werden; so schreibt die „Kreuzzeitung“: „Durch den Schulantrag sind die „Mischlinien“ des Volksschulunterrichtsgesetzes so klar und scharf gezeichnet, daß eine darauf aufgebaute Vorlage der Zustimmung derjenigen Fraktionen, welche gewonnen sind, an dem Antrage erheblich festhalten, sicher sein muß. . . . Mehr nach links aber werden die Konservativen sich keinesfalls drängen lassen, die in dem Kompromiß festgelegten Zugeständnisse stellen das Schicksal derselben dar. Danach werden die Nationalliberalen, sofern sie gewonnen sind, an den getroffenen Abmachungen festhalten, sich richten müssen.“ Diese Worte lassen an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und wir glauben, daß die Kreuzzeitung hier die Auffassung der gesamten konservativen Partei niedergelegt hat. Einen Haupttrumpf haben die Liberalen aus der Hand gegeben; sie hoffen, das Zentrum auszufallen zu können; bis jetzt ist dies nicht nur nicht erfolgt, sondern es gewinnt den Anschein, als wolle die ganze Kammer nach hinten losgehen. In einigen Wochen muß es sich ja zeigen, ob der linke oder der rechte Flügel innerhalb der nationalliberalen Partei stärker ist.

Zur Kanalfrage.

In der 20. Kommission (Wasserwirtschaftliche Vorlage) ist heute folgender Antrag des Abg. Dr. am Behnhoff zu dem Entwurf betr. die Herstellung und den Ausbau von Wasserstraßen eingebracht: „Indem ich den früheren Antrag betr. Verstaatlichung des Kanals betr. des (der) dahin ging, eine bezügliche Resolution zu fassen als Eventualantrag aufrechterhalte, beantrage ich in erster Linie, die Verstaatlichung des mechanischen Betriebes auf dem Kanal im Wasserstraßengesetz auszusprechen, die Bewilligung

der erforderlichen Geldmittel aber einem besonderen Gesetz vorzubehalten.

Hauptvorzüge der beantragten Verstaatlichung des Betriebes auf dem Kanal:

1. Die feibige Konkurrenz zwischen Eisenbahn und Wasserstraße ist beseitigt; Eisenbahn und Wasserstraße werden wirtschaftlich Bundesgenossen, die sich gegenseitig in die Hände arbeiten.
2. Der Betrieb auf der Wasserstraße wird ein eisenbahnmäßiger. Das bedeutet für den Befrachter, daß er mit festen Befrachterzeiten und festen Frachten rechnen kann.
3. Der Staat kann seine Exploitation auf den Kanal ausdehnen; er kann wirtschaftlichen Verschönerungen durch regulierende Tarifgestaltung vorlegen; er kann bewirken, daß die Vorteile der Transportverbesserung der Allgemeinheit zugute kommen.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

Da die Frage, welche Art der mechanischen Traktion den Vorzug verdient, zurzeit noch nicht spruchreif ist, wird die Bewilligung der Kosten der Betriebsverstaatlichung zweckmäßig einem späteren besonderen Gesetz vorbehalten.

Im Interesse der mit Menschen- oder Tierkraft betriebenen Kleinverkehrsmittel empfiehlt es sich, nur den mechanischen Betrieb zu verstaatlichen.

In Kampf und Not.

Roman von Richard Donovan.

Autorisierte Uebersetzung.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

25) „Es ist nicht meine Sache, zu entscheiden, ob er schuldig oder unschuldig ist, aber meine Pflicht nötigt mich, ihn zu verhaften.“
„Aber warum haben Sie auf ihn Verdacht?“
„Erlauben Sie mir, diese Frage unbeantwortet zu lassen. Welche Beweise vorliegen, können Sie bei der Untersuchung durch den Richter hören. Ich wollte Aufsehen vermeiden und hielt es daher für besser, Sie zuerst zu sprechen. Ich wäre Ihnen verbunden, wenn Sie sogleich nach Herrn Palmer senden würden.“
Dovington war wie betäubt. „Herr Widding tot? Ermordet? Und noch dazu sollte das der Mann sein, den ich geliebt habe, den ich als meinen Vertrauten betrachtete, der seine rechte Hand gewesen war! Und dann die öffentliche Verhandlung, die doch unbedingt folgen mußte und die ihm so peinlich, so furchtbar peinlich werden und alle seine Pläne vernichten konnte! Er ging mehrmals in größter Erregung im Zimmer auf und ab. Dann zog er die Glocke und befahl einem Diener etwas Kognak zu bringen. Dies geschah, und er goß häufig ein Wein- glas voll hinunter. Dann erlosch erlangte er seine Fassung wieder und sagte:
„Das ist sehr unangenehm! Ungeheuer peinlich! Heute ist der Hochzeitstag meiner Tochter, und mein Haus ist voll von Gästen! Was ist denn da zu tun?“
„Es ist nicht notwendig, Ihre Gäste zu stören“, sagte Walter teilnehmend, „haben Sie nur die Güte, nach Herrn Palmer zu senden. Wenn er Widerstand leistet, so muß ich natürlich den Polizeiführer, der draußen steht, herbeirufen, aber es soll mich freuen, wenn Sie vermeiden werden kann.“

Dovington zog die Glocke und befahl dem Diener, Herrn Palmer zu rufen. Gleich darauf trat Palmer ein, und als sich die Tür hinter ihm geschlossen hatte, trat er auf ihn zu und sagte ihm, es sei seine Pflicht, ihn wegen Mordes zu verhaften.

XVIII.

Ein Mann, der seine Fassung behalten kann, wenn man ihm plötzlich sagt, er sei wegen Mordes verhaftet, ist sicherlich eine Seltenheit. Palmer zeigte zwar Erschauern und sein Gesicht erbleichte etwas, aber das war alles, und nach wenigen Augenblicken sagte er kühl:
„Das ist sicher ein einfältiger Irrtum, mein Herr.“
„Ich glaube kaum“, erwiderte Walter. „Hier ist der Befehl. Sie sind im Verdacht, Ehemann Widding, Vorfrühe 13 wohhaft gewesen, ermordet zu haben, und ich muß Sie bitten, mich ruhig zur Polizei zu begleiten, wenn Sie Aufsehen vermeiden wollen.“
Als Ehemann Name genannt wurde, erröte Palmer tief, aber die Rede verschwand sogleich wieder und er wurde totenbleich. Dies entging dem Detektiv nicht, und er nahm es für ein Zeichen von Schuld.
„Ich werde keinen Widerstand leisten“, erwiderte Palmer, „und mich auch nicht damit aufhalten, Sie nach Verdachtsgründen zu fragen. Ich sage nur, daß dieser Verdacht unfundiert ist.“
„Ganz unfundiert“, bestätigte Dovington erregt. „Dieser Herr ist seit Jahren in meinen Diensten und hat sich immer als Ehemann erwiesen. Ich muß Sie bitten, mir einige Augenblicke zu einer Besprechung mit Herrn Palmer zu gewähren.“
„Ich bedauere, daß dies nicht möglich ist.“
„Aber ich bestehe darauf, daß Sie mein Recht!“ rief Dovington.
„Alles, was Sie zu sagen haben, muß in meiner Gegenwart gesprochen werden“, erwiderte Walter ruhig, „ich darf meinen Gefangenen nicht aus den Augen lassen.“
„Aber ich bin Ihnen dafür verantwortlich. Ich

verpände meine Ehre dafür, daß er in zehn Minuten wieder hier ist.“

„Vorziehen Sie, Herr Dovington, aber ich kann Ihre Bitte nicht erfüllen“, erwiderte Walter höflich aber entschieden.

„Bitte, grämen Sie sich nicht“, sagte Palmer, „als er den erregten Zustand Dovingtons bemerkte. Er erriet, was Dovington ihm sagen wollte. „Es ist mir egal, gegen das Schicksal zu kämpfen. Ich bin zwar des Mordes angeklagt, aber diese Beschuldigung kann nicht erwiesen werden. — Herr Walter, ich bin bereit, mit Ihnen zu gehen. Erlauben Sie mir nur, meinen Hut und Überrock zu holen.“
„Der Diener wird Ihnen alles bringen“, erwiderte Walter. „Sie gehen wohl, daß ich klinge, Herr Dovington.“

Er legte die Hand auf den Griff, als vor dem Zimmer Stimmen gehört wurden. Die Tür wurde plötzlich geöffnet, und Frieda erschien mit ihrem Mann und ihrer Mutter. Sie waren alle drei sehr erregt, besonders Frieda.

„Was bedeutet das, Herr Palmer?“ fragte sie hastig.

Palmer wurde durch Friedas Erscheinen aller Fassung beraubt.

„Ich bin das Opfer eines Komplotts oder eines lächerlichen Irrtums!“

„Frieda, ich bestehe darauf, daß Du Dich entfernst“, sagte Ehemann, indem er ihren Arm ergriß. Seine triumphierende Miene schien aber eher anzudeuten, daß er sich darüber freute, daß Frieda Zeugin der Demütigung seines Gegners war.

„Ich bestehe darauf, daß Du gehst, Kind“, sagte auch Frau Dovington. „Es ist lächerlich, daß Du hierherkommst. Wenn dieser Mann das Gesetz verletzt hat, so muß er dafür büßen, aber Du kannst kein Interesse für ihn haben.“

Frieda machte sich zornig von ihrem Mütterchen los, sehr zum Erschauern ihrer Mutter, denn Frieda hatte nie zuvor so viel eigenen Willens gezeigt. Dann wandte sie sich an Palmer:

„Wessen sind Sie angeklagt, Herr Palmer?“ fragte sie.

Er zögerte einen Augenblick, aber Dovington sprang für ihn ein und erzählte für ihn, um die peinliche Szene zu beenden.

„Die Anklage lautet auf Mord, und daran kannst Du sehen, wie lächerlich sie ist.“

Frieda stieß einen Schrei aus.

„Mord?“ rief sie und brach in Tränen aus.

Palmer war sehr bewegt, als er Frieda weinen sah.

„Fräulein Frieda —“, begann er.

Aber Ehemann unterbrach ihn.

„Sie vergessen sich“, sagte er mit heiserer Stimme, „diese Dame ist meine Gattin, Frau Ehemann.“

Palmer schaute kaum auf die Unterbrechung.

„Frau Ehemann“, sagte er einfach, „ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihre Teilnahme, aber ich bitte Sie, sich meinethwegen nicht zu ängstigen.“

Sie wandte sich rasch um und rief:

„Herr Palmer, ich kann nicht glauben, daß Sie schuldig sind!“

„Gewiß“, erwiderte er, „ich bin unschuldig.“

Sie reichte ihm die Hand.

„Ich danke Ihnen von Herzen für dieses Zeichen Ihrer Teilnahme und Ihres Glaubens an meine Unschuld“, sagte er.

Seine Stimme versagte und er war genötigt, sich abzuwenden.

„Ich muß Dich daran erinnern“, bemerkte Ehemann, „daß wir nur noch eine Stunde Zeit haben, um zwei Uhr geht der Zug ab, jetzt ist es bereits ein Uhr.“

Er bot ihr seinen Arm. Sie ergriß ihn und verließ mit ihrer Mutter das Zimmer.

„Ich wundere mich“, sagte Frau Dovington, „daß Du Deine Ehre so weit vergessen kannst. Ich wußte von Anfang an, daß dieser Mann ein einmal Schaden ins Haus bringen wird. Mein Vater war so sehr von ihm eingenommen, daß alles Neben nichts half. Hoffentlich wird das eine gute Lehre für ihn sein!“

Frieda gab keine Antwort. Sie sah, daß es unnütz war, zu widersprechen.

(Fortsetzung folgt.)

Unter diesem allgemeinen Gesichtspunkt erscheint der Um Sehnhoff'sche Antrag geeignet, eine Entscheidung in der Kanalffrage herbeizuführen, welche für die weitere Behandlung der vielmalsstrittenen Frage von großer Bedeutung werden kann. Zunächst dürfte derselbe die heute wieder aufgenommenen Beratungen der Kanalkommission beherrschen.

Berlin, 19. Oktober.

„Die Versammlung erklärt sich mit den in den Vorschlägen der Konferenz niedergelegten Tendenzen, besonders mit der Errichtung der Ehrentkammern und der Verschärfung der wegen Verleumdung und Ehebruch zu erlassenden Strafen grundsätzlich, vorbehaltlich der Stellungnahme zu den Einzelheiten einverstanden.“

In die Kommission wurden gewählt Oberlandes-
gerichtsrat Dr. Simon (Frankfurt), Landgerichtsz-
direktor Kolb (Mannheim), R.-A. Strohe
(Darmstadt), Landgerichtsrat Schilling-Frey-
göpph (Darmstadt), Amtsgerichtsdirektor Sie-
ßler (Mannheim), Oberbürgermeister Antoni
(Gulda) und Oberlandesgerichtsrat von Schang
(Stuttgart).

Neuregelung des Hebammenwesens. Wenn die Vorarbeiten sich rechtzeitig erledigen lassen, wird dem preussischen Landtage im nächsten Tagungsabschnitte auch ein Gesetzentwurf ausgehen, der das Hebammenwesen betrifft. Die Mängel, die durch den Entwurf beseitigt werden sollen, liegen nach den Berl. Hof. Nachr. namentlich in der Ausbildung, der Vorbildung, der Annahme und der unzureichenden materiellen Stellung des Hebammen.

unzureichenden materiellen Stellung der Gehannnen.
„Auf 200 Millionen Mark veranschlagt die „Deutsche Tagesztg.“ die Kosten zur Niederwerfung des Aufstandes in Deutsch-Südwestafrika. Schon gegenwärtig überreichte die Ausgabe hierfür 100 Millionen Mark. Trotz dieser bösen Wünsche liegt sich die „Deutsche Tagesztg.“ in dem Glauben, daß nach der völligen Erroberung Deutsch-Südwestafrikas, das für uns bisher fast nur ein Schmerzenskind gewesen sei, dessen wirtschaftliche Entwicklung in eine neue Phase treten“ werde. Für diese Phase von der „Phase“ weiß die „Deutsche Tagesztg.“ aber nur anzuführen, daß das „beutliche Zeichen für eine neue Phase die Förderung des Eisenbahnbaues nach allen Richtungen ist“.

• **"Deutschlands Außenhandel.** Nach dem vom P. Stat. Amt herausgegebenen Außenhandelsbericht der monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel betrug in den acht Monaten Januar bis August 1904: 1. Die Einfuhr in Tonnen: 30 879 987 gegen 30 197 265 und 27 829 917 in den acht Monaten der Vorjahre, daher mehr 682 732 und 3 050 070 Tonnen. Eine Abnahme der Einfuhr zeigten Getreide und andere Landbauerzeugnisse, Kohlen, Material- u. f. w. Waren, Steine, Vieh. Auch die Holzeinfuhr war geringer als früher. 2. Die Ausfuhr betrug in Tonnen: 25 047 788 gegen 24 937 831 und 22 029 385 in den acht Monaten der Vorjahre, daher mehr 29 957 und 2 918 403 Tonnen.

* **Wildpart**, 20. Okt. Der Kaiser ist aus Dresden zurückgekehrt.

* **Zur Rippeschen Frage.** Die für Freitag angelegt gewesene regelmäßige Sitzung des Bundesrats ist auf Samstag verschoben worden. Zurzeit finden zwischen dem Reichskanzler und den anwesenden Ministern des Bundesstaates über die Rippesche Frage Verhandlungen statt. Man wird auch nicht selbigen in der Annahme, daß in der Unterredung des Kaisers mit dem Reichskanzler vom Mittwoch die Rippesche Frage berührt worden ist.

* **Detmold**, 19. Okt. Staatsminister Gevelot wurde am 17. ds. vom Kaiser zu der am 18. Okt. aus Anlaß der Einweihung des Kaiser Friedrich-Denk-
mals stattfindenden Hofstafel eingeladen. Diese Ein-
ladung wird hier als ein gutes Zeichen angedeutet.

* **Frügers Zeichen**, die noch immer auf

einem der Friedhöfe der holländischen Residenz aufgebahrt liegt, wird nun bald ihre endgiltige Ruhestätte finden. Die ganze Angelegenheit hat sich aber keineswegs nach dem Wunsch der öffentlichen Meinung hierzulande abgewickelt und wird auch noch in der Volksvertretung ein nicht sehr erquickliches Nachspiel haben. Ursprünglich hat, wie man weiß, der Plan bestanden, die Leiche durch ein niederländisches Kriegsschiff nach Südafrika bringen zu lassen, und da weder offiziell noch amtlich Widerspruch gegen die betreffenden Mittheilungen der Presse erhoben wurde, hielt man die Sache für erledigt, zumal aus Marinetechnik verstande, daß schon die nötigen Schritte getan seien, um den „Hertog Hendrik“ zu diesem Zwecke auszurüsten. Entsetzt ist jedenfalls, daß Dr. Leyds mit dem Ministerpräsidenten Dr. Krupp über die Angelegenheit eine Besprechung hatte, worauf dann die ebenfalls nicht beneidete Mittheilung die Runde machte, daß für die Ausführung des Planes nur noch einige Formen zu erledigen wären. Dies war im Juli ds. Js. Man vernahm lange nichts mehr darüber, bis Anfang voriger Woche von ausländischer Seite die Mittheilung erfolgte, daß die Regierung von ihrem Vorhaben, ein Kriegsschiff zur Verfügung zu stellen, abgesehen habe. In Südafrika scheint man darum vorher schon gewußt zu haben, denn verschiedene afrikanische Völker, die hier eintrafen, sprachen ganz laut und unumwunden das aus, was vielen hierzulande auf der Zunge schwelte, daß nämlich die Zersetzerei Krupps, der mit ungemeiner Mangelhaftigkeit alles zu vermeiden suchte, was irgendwie in England Anstoß erregen könnte, die Schuld an dieser Enttäuschung trage. Wie dem auch sein möge, die Frage der Ueberbringung der Leiche nach Südafrika ist jetzt endgiltig geregelt, da der Firma Wm. S. Müller u. Co. der „Niederländischen Südafrikanischen Vereinigung“ ein Dampfboot, „Batavier VI“, zur Verfügung gestellt hat, das für den genannten Zweck eingerichtet werden wird, während der Kommandant A. D. Mac Leod die Führung des Schiffes übernehmen soll. Um die etwa 25 000 Gulden betragenden Kosten auszufuttern, hat sich die genannte Vereinigung in einem Aufruf an das niederländische Volk gewandt, um durch möglichst viele kleine Beiträge die feierliche Ueberführung der Leiche zu einer Nationalhuldigung für den schwergeprüften Toten zu gestalten. Die Besetzung in Südafrika soll am 16. Dezember, dem Dingansstag, stattfinden.

* **Rom** 18. Oct. Ministerpräsident Giolitti ist nunmehr entschlossen, durch eine Neuwahl des Parlaments sein Ziel zu verfolgen, um das gesunkene Prestige seiner Regierung zu heben. Für die Neuwahlen, deren Datum bereits bestimmt ist, werden nicht weniger als 2000 Kandidaten auftreten, so daß etwa 4 Kandidaten auf jeden der 500 Wahlkreise kommen. Fast überall werden ministerielle, oppositionell-monarchische und daneben natürlich noch sozialistische und republikanische Kandidaten aufgestellt. Im großen und ganzen werden aber wohl die meisten Deputierten wieder gewählt, so daß die neue Kammer nicht allzuviel Unterschied von der bisherigen aufweisen wird. Sehr bezeichnend für die Situation ist, daß in Trapani der berüchtigte Exminister Rasi, derzeit unbekannter Aufenthalts, Kandidieren und wahrscheinlich auch gewählt wird (!). Also der Mann, der flehentlich vom Staatsanwalt verfolgt wird, weil er seine Unständigkeit als Minister mißbraucht hatte, um seine Taschen zu füllen, wird möglicherweise „Volksvertreter“! In Palermo wird natürlich der erst kürzlich von seinem Mordprozeß zurückgekehrte Palizzolo kandidieren!! Dies sind nur einige Züge der heiteren Wahlschlampagne.

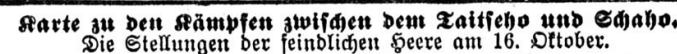
* London, 17. Oct. Nach siebenjähriger Tätigkeit in Südafrika tritt der Generalgouverneur Lord Milner, wie bereits gemeldet, von seinem Posten zurück. Milner 1887 Privatsekretär des Schatzkanzlers Goshen. 1889 ging er als Unterstaatssekretär der Finanzen nach Egypten. Von 1892 bis 1897 war er Vorsteher des Amtes für inländische Steuern. Dann ging er als Oberkommissär nach Südafrika. Das verdienstvollste Ereignis seiner Verwaltung war die Zukunftsentscheidung mit Krüger kurz vor Ausbruch des

Krieges, die bekanntlich ohne Ergebnis verlief. Als Discount ins Oberhaus berufen, verließ er nach dem Kriege in Südafrika, obgleich die Amtsbefugnisse ihm dem Brauche gemäß den Bizegneten und Gouverneuren an einem Posten gewährt, vorthien war. Man wollte keinen neuen Mann in die noch immer schwierigen Verhältnisse setzen. Ihm selbst mag sein afrikanisches Amt in der letzten Zeit eine Zeit gewesen sein insofer der allgemeinen Zustimmung der Bevölkerung, die ihn für die Missgriffe der ungeschickten, des Landes nicht kundigen Beamten verantwortlich macht.

* **Peking, 19. Okt.** Der deutsche Gesandte

Mumm v. Schwarzenstein und der Gouverneur von Kiautschau v. Truppel. wurden gestern im Sommerpalaste vom Kaiser und der Kaiserin-Regentin im Audienz empfangen. Dem Gouverneur wurde der Drachenorden 2. Klasse, erste Stufe, verliehen.

* In diesen Tagen spukt der verstorbenen Wismarck Chinas, Kizongin Lihungtfchang, als Prophet durch die Spalten der europäischen Presse. Die „Times“ veröffentlichen den Inhalt eines von ihm am 30. September 1903 geschriebenen Briefes an die Kaiserin-Witwe. Der Brief des damals schnell dahinsiechenden alten Staatsmannes ist ein weiterer Beweis dafür, wie bedeutend Li war. Der Brief lautet: „Viele chinesische Beamte sagen, man dürfe unter keinen Umständen Rußland die



Fortsetzung des Kampfes.

* London, 19. Okt. Reuters Bureau meldet aus Tientsin vom 17. ds.: Die Befähigkeit der beiden Armeen läßt eine neue Schlacht erwarten. Die Japaner versuchen fortwährend die Widerstandsfähigkeit des russischen Zentrums und rechten Flügels gescheitelt, fürchten aber offenbar, daß der Kampf frische Reserven zur Entwidlung bringen könnte. Die Wege von Süden und Südosten sind voll von flüchtigen Landleuten. Die russische Stellung am 17. erstreckte sich den Schachho entlang von der Ebene bis zu den Höhen von Taschang. Der Berichterstatter glaubt, daß der erittirte Widerstand mit der Lage der östlichen russischen Armee, von der nur wenige Nachrichten vorliegen, im Zusammenhang stehen. Die Japaner stürmten nach vorheriger Beschließung am 16. ds. 11 Uhr nachts das Dorf Zinsichengou am Nordufer des Schachho. Sie haben dort eine hochgelegene Pagode besetzt, von der die Artillerie ein vorzügliches Schußfeld hatte, deren Wiederoberöberung den Russen bis zum 17. d. nicht gelang. Vom 18. ds. meldet derselbe Berichtstatter, daß die Japaner am 17. ds. abends den Versuch machten, die bewaldeten Höhen von Taschang zu nehmen. Sie haben bisher die niedrigen Hügelketten besetzt und versuchen jetzt, die Hügel am Schachho zu erobern.

* **Petersburg, 19. Lt.** General Scharoff meldet dem Generalstab unter dem 19. Oktober Die Nacht auf den 19. Oktober verlief ruhig. Der Gegner erhält im Dorfe Inshipku Verstärkungen. In der Nacht zum 19. Oktober wurde von unserer Vorhutstellung aus von der Freiwilligenabteilung des Schützenregiments eine kühne Rekognoszierung ausgeführt. Unsere Freiwilligen erbeuteten ohne Kampf noch zwei japanische Feldgeschütze und brachten sie in unsere Stellung.

* **Petersburg**, 19. Okt. General Kuropatkin meldet dem Kaiser vom 18. Oktober: Die Japaner versuchten in der Nacht zum 18. Oktober die Vorhut der Abteilung, die den „Vergelag mit dem Baum“ besetzt hält, anzugreifen, wurden aber zurückgeschlagen. Andere Meldungen über Kämpfe sind bis 10 Uhr morgens nicht eingegangen. Auf allen Stellungen herrscht Ruhe. Die ganze Nacht hat es geregnet. Die Wege sind sehr schlecht geworden.

* **Tosio**, 19. Okt. Gestern abend und heute ist keine Meldung vom Hauptquartier eingegangen. Es wird angenommen, daß auf die erfolglosen Angriffe der Russen in der Nacht vom Montag eine Weile der Untätigkeit folgte. Die Zusammenziehung der russischen Truppen gegenüber den Abteilungen der Generale Dru-

Manchchürei überlassen. Wer so spricht, versteht nicht die Gegenpart und ist unfähig, in die Zukunft zu sehen. Wenn wir Rußland die Manchchürei überlassen, so wird uns dies nicht ernstlich schaden, denn in diesem Falle wird zwischen Rußland und Japan an den Grenzen Koreas eine Reibung entfallen, und es muß zum Konflikt zwischen den beiden Mächten kommen. Sollte in diesem Kriege Japan unterliegen, so wird es unsere Aufgabe sein, den Rußen zu helfen, die Japaner zu zermalmen und auf diese Weise Anspruch auf Rußlands Dank zu gewinnen, das dann Korea für sich selbst behalten und China die Manchchürei zurückgeben würde. Können andererseits die Rußen den Japanen nicht widerstehen, so können wir diesen helfen, die Rußen aus der Manchchürei zu treiben. Auf diese Weise werden wir ohne große Gefahr die Manchchürei zurückbekommen, während es augenblicklich schwierig sein würde, in ihren Besitz zu gelangen. Es ist wahr, daß England der manchchurischen Frage große Bedeutung beimißt, aber dies kommt für uns nicht sehr in Betracht, da England keine Gewalt anwenden kann. Deutschland ist neutral, Frankreich lediglich ein entfernter Zuschauer, und Amerika verhält sich schweigend. Unsere Vizekönige im Sibirien, die anderer Ansicht sind, verstehen die diplomatische Lage nicht. . . . (Dieser Brief ging an Jangsu, der die Kaiserin mit dem Zinsballe vertraut machen sollte.)

und Nobu, die Montagnacht erfolgt ist, hatte hier den Eindruck hervorgerufen, daß die Russen zum Angriff überzugehen beabsichtigen und eine große Schlacht nahe bevorstehe. Jetzt nimmt man aber an, daß Rußland in absehbarer Zeit die Macht auf dem rechten Flügel zu bedeuten beabsichtige, um Zeit zu gewinnen, die Vornehme über den Hunjo zurückzuführen; denn man glaubt hier, daß es ihm werde möglich sein werde, eine Angriffsbewegung gegen die Japaner zu unternehmen, noch auch seine Stellungen am Schosho zu behaupten. Die Auffassung über die japanischen Verluste seit dem 10. Oktober sind noch nicht vollständig, ebenso die Meldungen über die Verluste des Feindes. Auch ist die Zahl der eroberten Geschütze noch nicht festgestellt. — In der Bevölkerung herrscht der Eindruck, daß die Lage vor Port Arthur der Krisis nahegerückt ist und die Entscheidung wohl nur noch eine Frage von Tagen ist.

* **Falkenberg**, 19. Okt. Heute früh 7 Uhr gingen zwei russische Kriegsschiffe von dem Baltischen Geschwader nach Norden. Die übrige Flotte folgte zwei Stunden später. Der dänische Kreuzer war um 7½ Uhr nordwärts abgegangen.

^{7/2} **Korff**, 19. M. Die russische Ostsee-Flotte passiert soeben den Großen Belt in östlicher Linie. Vier Schiffe sind bereits vorbeigefahren, zwei andere fahren gerade vorbei; der Rest der Flotte ist im Süden des Belts in Sicht und wird im Laufe weniger Stunden passieren.

• **Mulden**, 19. Okt. Statthalter Alexejeff ist heute Vormittag zu einer Besprechung mit General Kropotkin hier eingetroffen.

• **Die miserablen Zustände auf der Baitalbahn** schildert die in Jekaterinburg erscheinende „Wostoknoje“. Die ersten Züge auf dieser Bahn verließen die Station Kurlan am 17. September und brauchten — drei Tage, um die große Strecke von 115 Kilometern zurückzulegen. Im Tunnel Nr. 10 gingen die Waggons nicht durch (!), so daß beim Passieren fäulnisartige Rauchgase und Ventilatoren weggegriffen wurden. Auf der Fahrt entgleiste der Zug zehnmal, dabei hat die Baitalbahn 52 Millionen Rubel gekostet, zu denen infolge beschleunigten Baues noch weitere sechzehn Millionen traten. Den Winter über wird der Verkehr wieder durch Pferde über den Baitalsee aufrechterhalten werden, zu welchem Zweck die Regierung bereits Tausende von Pferden gemietet hat.

* **Rom**, 19. Okt. Der Papst empfing heute in Privataudienz den von seinem Urlaub zurückgekehrten preussischen Gesandten Herrn. v. Kottenhan.

Rhet

⊙ Auf Ha
lichen Gebäuden d
an diesem Tage e
Königs von S

Für den
Revelaer werden
und Revelaer Com
Vormittags, an S
und 4,36 Nachmi
6,08 Uhr.

⊙ **Die Bahn**
Elektrizitätswert
somit weit über d
15. November, an
Anschluß abläuft,
blicklich ist man n
beschäftigt

□ Das städt.
 Gerichtsschreib-
 sind in das städt.
 (Haus) verlegt wor-
 ♀ **Personen**
 mit der Verteilung
 Personenstandsaufruf
 aufmerksam gemacht
 verpflichtet sind, in
 handenen Personen
 art angeben und
 Geldstrafe bis zu
 zuführen sind auch
 wärts unterhaltene

Ausbau
weiteren Ausbau
Eisenbahnbrücke u
Stadtverordneten-V
Markt bewilligt wo
für die Vertiefung
langen Strecke auf
waren vor kurzen
Gestern stand der
für die genannten

Der Zuschlag
gleich mit den Arb
sein sollen, begonne
⊙ Auf dem

der Düssel-dorfer S
trossen um dortselbst
Tunnels zu beginn
welches hinter den
vor 1. April in V
Verlegung einiger D
schon begonnen we
Geleise nach der R
bewirkt werden kön

Diebstahl
Diebe in das Besitz
straße ein. Die D
Enten und 2 Kan
und Stelle abgesch
Spur.

— Auf dem
Knechte ein größeres
Kohlen wurden sie
beschlaguahmt.

⊕ **Raffinierte**
Eisenwarengeschäfte
kaufte angeblich im
einen Herd, welche
werden sollte. Na-
der Arbeiter den H-
auch gegeben wurde
teilten Auftrag auf
führung machen, da
die betr. Familie n

die betr. Familie m
 2 **Geerdts**, 1
 machung in mehre
 15. November d. L
 gliedern zum Gemei
 am erstgenannten T

nacheinander die 2
glieder schon vor ei
Tod ausschieden, ei
eignete Persönlichkei
Selbstverständlich si
andern zur Wahl f
nicht gebunden. Ze
einer Anordnung di
vor 3 Jahren für
gende Zahlen festge
ganzen 8 Mitglieder
Oberklasse 7, das I
lorid 1, in Summ
her verbleiben aus
stehen diesmal Heer
tanten u. Niederfa

Auf dem Bürger berechtigten für Jedw. zwar bis 10. Nov. pfehlen, recht halb v. damit irtümlich au getragen werden könn welcher Wählerklasse also die Wahl demerkt sei noch, daß für die 2. Klasse 1 Wähler aufsteht. Interesse für derart. Befugnisse allgemein. Wenn also auch

blirgerstande rege Be
beabsichtigt sein soll
geeigneten Schritte
boten ist, zeitig für
Einbernehmen zu se
rungen, unnötige G
spart bleiben. Also
vor 3 Jahren auf

